

I N F O R M A T I O N

zur Pressekonferenz

mit

DI Dr. Martin Donat

Oö. Umweltanwalt

DI Hans-Jürgen Baschinger

Oö. Umwelthanwaltschaft

am

21. September 2021

OÖ Presseclub, Saal A, um 10 Uhr

zum Thema

Klimaschutz und Klimawandelanpassung in OÖ für die Periode 2021 – 2027 Zielvorgaben, Eckpunkte, Maßnahmenfelder

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Landhausplatz 1 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-11412
Fax: (+43 732) 77 20-21 15 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

Rückfragen-Kontakt:

Dr. Martin Donat (+43 732) 77 20-134 51, (+43 664) 600 72 134 51

Klimaschutz und Klimawandelanpassung in OÖ
für die Periode 2021 – 2027
Zielvorgaben, Eckpunkte, Maßnahmenfelder

Das Klima ändert sich, ob wir wollen oder nicht, und die Änderungen werden deutlich und spürbar sein. Neben Klimaschutz (Reduktion von Treibhausgasen) bedarf es umfangreicher Maßnahmen zur Klimawandelanpassung.

Klimaschutz und Klimawandelanpassung haben keine politische Farbe! Sie betreffen uns alle!

Das Pariser Klimaabkommen mit dem Ziel die Erderwärmung auf deutlich unter 2°C (Ziel 1,5°C) zu beschränken, zielt auf die Sicherung einer für uns Menschen auch zukünftig lebenswerten Welt ab – ökologisch, ökonomisch und sozial.

Aktuell stehen wir bei einem PLUS von nahezu 1,2°C weltweit, was für Österreich ein PLUS von über 2°C bedeutet. Bei Fortschreibung des Status Quo wird die weltweite Erwärmung bereits in den kommenden Jahren die 1,5°C - Marke und spätestens 2050 auch die 2°C – Marke (Klima-Kippunkte) überschreiten. Ab diesen Zeitpunkt wird es auf jeden Fall unwirtschaftlich auf dem Planeten und ungemütlich in Oberösterreich.

Im Jahr 2018 wurden weltweit die höchsten je emittierten Emissionen verzeichnet und erreichten 58 Gt CO_{2eq}. Der Anteil am fossilen CO₂ betrug 36,5 Gt CO₂, der Rest der THG-Emissionen entfiel auf Methan, Lachgas, fluorierte Gase und Landnutzungsänderungen. Von den 36,5 Gt CO₂ emittierten rund 10 Gt China, 5 Gt USA, 80 Mio.t Österreich und 20 Mio. t Oberösterreich.

Wir müssen in Österreich und Oberösterreich nicht die ganze Welt retten!

Amerika ist für den Anteil Amerikas verantwortlich, China für den Anteil Chinas, Österreich und Oberösterreich für den Anteil Österreichs und Oberösterreichs.

Bis dato wird von allen Staaten zu wenig getan und der Ernst der Lage nicht erkannt. Gemäß der Studie *Klimaschutz-Index* von Germanwatch und des New-Climate-Instituts befindet sich keiner der 58 untersuchten Staaten auf dem Pariser Klimapfad. Österreich liegt sogar im schlechteren Drittel auf Platz 35 hinter China und Mexiko. Österreich als Umweltmusterland ist damit Geschichte, doch das müsste nicht sein.

Damit Österreich einen fairen und gerechten Beitrag zum Erreichen des Pariser Klimaziels leistet, steht für das 1,5°C-Ziel noch ein CO₂-Budget von max. 400 Mio. t zur Verfügung, für eine Erwärmung von 1,7°C ein verbleibendes THG-Budget von 700 Mio. t (unter Berücksichtigung von Ausgleichszahlungen aufgrund historischer Emissionen). Auf Basis der in den letzten 30 Jahren durchschnittlich emittierten Treibhausgase (80 Mio. t pro Jahr) wird Österreich das zur Verfügung stehende THG-Restbudget in wenigen Jahren aufgebraucht haben.

Im Bundesländervergleich ist OÖ für mehr als 1/4 der gesamten THG-Emissionen Österreichs verantwortlich.

Somit gilt für Oberösterreich: Wird der Ausstoß an THG-Emissionen in OÖ (rund 20 Mio. t pro Jahr) nicht sofort und umfassend reduziert, so wird in der kommenden Landtagsperiode (2021 bis 2027) das für OÖ zur Verfügung stehende THG-Budget (115 Mio. t CO₂) verbraucht sein! Danach leben wir auf dem Rücken zukünftiger Generationen.

Unsere Lebenswelt wird radikal anders werden – von 14 Tonnen CO₂ je Einwohner und Jahr auf 1 Tonne CO₂ je Einwohner und Jahr.

Die Emissionen auf Einwohner heruntergebrochen betragen weltweit 4,6 t CO₂ pro Kopf und Jahr, in Ö ca. 9 t. Im Bundesländervergleich belegt OÖ mit mehr als 14 t CO₂ pro Einwohner und Jahr den ersten Platz. Die **Pro-Kopf-Emissionen von 1 t CO₂ pro Jahr** werden von der Wissenschaft als klimaverträglich eingestuft.

Die wesentlichen Verursacher der österreichischen (produkt-basierten) Treibhausgas-Emissionen (inkl. Emissionshandel) waren im Jahr 2019 die Sektoren Energie und Industrie (44 %), gefolgt vom Verkehr (30 %) sowie Landwirtschaft und Gebäude (je 10 %). Diese Sektoren sind für rund 94 % der Treibhausgas-Emissionen verantwortlich.

Berücksichtigt man den Emissionsanteil über Produktimporte (die ins Ausland „ausgelagerten“ konsum-basierten CO₂-Emissionen), ist Österreich für rund 120 Mio. t verantwortlich. Dies entspricht in etwa 14 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr.

Österreich trägt somit für 14 Tonnen CO₂ pro Person und Jahr die Verantwortung – also durch seinen Konsum für rund 50 % mehr CO₂-Emissionen als ihm gemäß offizieller Statistik zustehen würde.

Nehmen wir unsere Verpflichtung und Verantwortung ernst, müssen wir die jährlichen CO₂-Emissionen bis zum Jahr 2050 von 14 bzw. 9 Tonnen auf weniger als 1 Tonne Pro-Kopf-CO₂-Emissionen reduzieren. Das bedeutet nicht nur eine Transformation der Energiesysteme, sondern vieler Lebensbereiche.

Klimaschutz und Klimawandelanpassung sind auch ökonomisch sinnvoll!

Die wirtschaftlichen Kosten des Klimawandels betragen ein Vielfaches der Umstellkosten auf ein treibhausgasarmes Wirtschaften. Die Studie eines europäisch-US-amerikanischen Forscherteams schlussfolgert das klimabedingte Sinken des Bruttoinlandsprodukts (BIP) weltweit in diesem Jahrhundert um bis zu etwa 37 Prozent¹. Damit verbunden ist der regionale Verlust der Existenzgrundlagen und dadurch ausgelöster Migrationsbewegungen („Klimaflüchtlinge“).

Damit würden in Österreich für die nächsten 20 Jahre zusätzliche Investitionen im Umfang von 4 Mrd. € jährlich für das Erreichen der Klimaneutralität anfallen. Eine Mrd. für das Klimaticket, eine weitere für Gebäude und Austausch fossiler Heizungsanlagen und zusätzliche zwei Mrd. € für die Anpassung und Umbau der bestehenden Infrastruktur. Finanzieren könnte man das Ganze durch Streichung der Subventionen für die fossile Industrie, ferner durch eine CO₂-Bepreisung.

Im Gebäudesektor muss durch geeignete Maßnahmen der Wärmeverbrauch drastisch reduziert werden. Selbiges gilt für den Verkehrsbereich. Nur dann wird ausreichend erneuerbare Energie für die Transformation unserer Industrie- und Gewerbebetriebe vorhanden sein.

Das Klima wird sich ändern und wir werden uns anpassen müssen. Dazu braucht es Anstrengungen und Änderungen in allen Lebensbereichen.

Handlungsbedarf besteht auf allen Ebenen - auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene müssen optimale Rahmenbedingungen geschaffen werden.

Experten nehmen in der Studie „*Klimawandel-Landkarte Österreich: Treibende Kräfte und nächste Schritte*“ Medien, wissenschaftlichen Einrichtungen und Politik, insbesondere auf Landesebene, in die Pflicht mehr für den Klimaschutz zu unternehmen.

Der Rechnungshof kritisiert in seinem Bericht *Klimaschutz in Österreich – Maßnahmen und Zielerreichung 2020*, dass das Land Oberösterreich über keine Klimastrategie bzw. keine integrierte Klima- und Energiestrategie verfügt. Zudem sollte das Land Oberösterreich für die Periode 2021 bis 2030 ambitionierte und verbindliche Reduktionsziele festlegen und die daraus resultierenden Maßnahmen umsetzen.

¹ Kikstra, J.S., P. Waidelich, J. Rising, D. Yumashev, C. Hope and C.M. Brierley (2021): The social cost of carbon dioxide under climate-economy feedbacks and temperature variability. In: *Environ. Res. Lett.* 16 (2021) 094037. <https://doi.org/10.1088/1748-9326/ac1d0b>

Die Oö. Umweltschutzbehörde sieht auf **politischer Ebene** folgende Handlungsfelder für ...

- die **Österreichische Bundesregierung**

- Überarbeitung des Nationalen Energie- und Klimaplanes (NEKP) mit der Festlegung eines Paris-kompatiblen CO₂-Budgets (inkl. verbindliche Reduktionspfade für alle Sektoren), um bis spätestens 2040 Klimaneutralität in Österreich zu erreichen.
- Aufbauend auf diesen Plan eine Neuausrichtung des Emissionszertifikatgesetzes, des Bundes-Klimaschutzgesetzes und eine Überarbeitung des End-Energieeffizienzgesetzes.
- eine ökosoziale Steuerreform, welche die Finanzierung der Umsetzungsmaßnahmen der o.g. Gesetze unterstützt und damit den Umbau der Infrastruktur, eine nachhaltige (klimafreundliche) Mobilität sowie die Sanierung der Gebäude (samt Heizkesseltausch) ermöglicht.
- Klimaschutz als zentrales Grundrecht in den Verfassungsrang heben und die Klimaneutralität Österreichs bis 2040 rechtlich darin verankern.

- die **Oberösterreichische Landesregierung**

- Aufbauend auf den neu erstellten NEKP auf Bundesebene ist entsprechend der Forderung des Bundesrechnungshofes eine eigene Landesstrategie für Energie und Klima, sowie eine Strategie für die Anpassung an den Klimawandel durch Experten aus der Wissenschaft, aus dem Landesdienst und Interessensvertretern im Rahmen des Oö. Klimarats zu erstellen.
- Beschluss eines **Landes-Klimaschutzgesetzes** mit Festlegung der **Klimaneutralität bis 2040** und - als Zwischenziel – **50%-THG-Reduktion bis 2027** und Umsetzung durch ein **Landes-Energieraumplanungs-Programm** in Abstimmung mit den Planungen des Bundes.
- Beschluss eines **Oö. Infrastrukturanpassungsgesetzes** als Grundlage für die Struktur, Umsetzung und Finanzierung des erforderlichen **Umbaus** der bestehenden Infrastrukturen hin zu einer **klimaverträglichen Mobilität**, einer **leistungsfähigen Energieversorgung** und einer **resilienten Wasserwirtschaft**.
- Überarbeitung des **Oö. Raumordnungsgesetzes** zur Forcierung der Reduktion des **Flächenverbrauchs** und für die Einführung des Instruments der **Örtlichen Energie- und Klimaplanung** in den Gemeinden.
- Unterstützung der Gemeinden bei der Erstellung der Örtlichen Energie- und Klimapläne im Einklang mit Bundes- und Landesplanungen.
- Stärkung der Bildungsstätten im Bereich Angewandte Ökologie, Umwelt- und Ressourcenmanagement (Kreislaufwirtschaft) und Klimaschutz (inkl. Anpassung) auf universitärer Ebene (JKU oder Fachhochschule), auf Mittelschulebene (HTL), aber auch auf niederschwelliger Ebene, durch Wiederbelebung der Umweltakademie.

Die Oö. Umweltschutzbehörde sieht auf **Maßnahmenebene** folgende Handlungsfelder für ...

Bezüglich Details der Maßnahmen wird auf die Langfassung verwiesen!

– **Gebäude**

Im Gebäudesektor wurden in Österreich im Jahr 2019 ca. 8,1 Mio. Tonnen CO₂ emittiert, für Raumwärme und Klimatisierung (Wohngebäude und Nicht-Wohngebäude) wurden nahezu 300 PJ an Energie verbraucht.

Im Gebäudebereich besteht ein sehr hohes Energieeinsparpotential. Um dieses zu verwirklichen werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- *Neubau nur mehr in Passivhausqualität*
- *PV-Anlagen-Pflicht auf allen Neubauten und (Dach-)Umbauten*
- *Sanierung der bestehenden Wohngebäude und sonstiger beheizter Gebäude mit einer jährl. Sanierungsrate von 5 % und einer Sanierungstiefe von max. 40 kWh/m² u. a*
- *Wende bei Wärme und Kälte im Gebäudesektor durch Umstellung auf Erneuerbare bzw. Nutzung vorhandener Abwärme aus Industrie und Gewerbe(ab 2022 keine neuen fossilen Heizungsanlagen, ab 2040 Verbot von fossil-betriebene Heizungsanlagen)*
- *Bevorzugung nachwachsender Rohstoffe im Bauwesen und intelligenter Gebäudehüllen*
- *Energieeinsparung im Bereich Warmwasseraufbereitung*
- *Finanzierung der Sanierungsoffensive und Umstellung der Heizungsanlagen, sowie Ausbildung der dafür erforderlichen Fachkräfte*
- *Reform der Stellplatz-Verordnung*

– **Verkehr**

Der Verkehr ist mit 26,9 Mio. Tonnen für nahezu 1/3 aller THG-Emissionen in Österreich (bzw. 45 % aller Emissionen nach KSG, wo nur 24 Mio. t berücksichtigt sind) und für 36 % des End-Energieverbrauchs, das sind 411 PJ, verantwortlich. Die Mobilität von Menschen und der Transport von Gütern benötigen mehr als vier Fünftel des gesamten österreichischen Erdölverbrauchs!

Im Verkehrsbereich wird der höchste Bedarf an Veränderungen gesehen. Verdeutlicht am Beispiel Mobilität im Raum Linz: Wollen wir die Klimaziele (Zwischenziele) bis 2030 erreichen, so braucht es eine Verringerung der Autofahrten bzw. Kompensation durch andere Verkehrsmittel um 150.000 Fahrten pro Tag. Derzeit wird jedoch offiziell mit 80.000 zusätzlichen Autofahrten täglich bis 2030 nach und von Linz gerechnet. Klimapfad und prognostizierte Realität der Mobilität in Linz liegen 2030 somit um 230.000 Autofahrten pro Tag auseinander. Die Klimavereinbarungen in der Mobilität im Raum Linz ernst nehmen heißt, bis

2030 stufenweise jedes Jahr 22.000 Autofahrten pro Tag vermeiden oder durch andere Verkehrsmittel kompensieren. Und plötzlich werden diese notwendigen Änderungen im täglichen Leben fassbar und greifbar.

Damit das Ziel der Klimaneutralität bis 2040 möglich wird, werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- *Attraktiveren des öffentlichen Verkehrs, Reaktivierung von Schienenstrecken – auch als O-Strecken, Entflechtung der ÖV-Streckenführung vom Individualverkehrssystem, Aufbauende Verkehrsmittellösungen, Umstellung auf Erneuerbare Energie*
- *Lösungen für den Mikro-ÖV und die „Letzte Meile“*
- *Stärkung des Fuß- und Radverkehrs; Verordnung von Fahrradstraßen, Ausbau der Radinfrastruktur auch mit der Durchbindung Radhaupttrouten in zentralen Ballungsbereichen; Fußgängerverkehrskonzept inklusive Errichtung neuer Fußweg(teil)strecken bei (städte-)baulichen Vorhaben*
- *Bevorzugung alternativer Mobilität und Einschränkung des Autos in städtischen Bereichen und allgemein in Ortszentren*
- *Reduktion des Geschwindigkeitsregimes für Pkw´s*
- *Alternative Antriebssysteme (keine neuen Verbrennungsmotoren für Pkws ab 2025)*
- *Begleitende (fiskalische) Anreize in der Personenmobilität wie Gratisticket im ÖV*
- *Angepasster Einsatz von Telearbeit (Homeoffice) und Videokonferenzen*
- *Gütertransport auf Schiene (Elektrifizierung) und Schiff (Wasserstoff), über Gütermetros und autonome Güterverteilernetze*
- *Effizienter LKW-Transport: Umstellung der gesamten LKW-Flotte auf E-Mobilität mit Oberleitung für Fernverkehr und batteriebetriebene Fahrzeuge im Nahverkehr: Jedenfalls dürfen ab 2030 keine neuen fossilen Verbrennungsmotoren im LNF und SNF mehr zugelassen werden*
- *Begleitende (fiskalische) Anreize im Gütertransport zur Eindämmung des Transitverkehrs in Übereinstimmung mit der EU-Wegekosten Richtlinie*
- *Reduktion des Flugverkehrs in Ö durch Umstieg auf die Bahn (gilt vor allem für Inlands- und sonstige Kurzstreckenflüge)*

– Energie und Industrie

Energieversorgung (vor allem die inländische öffentliche Strom- und Wärmeproduktion ist hier subsummiert) und die Industrie (inkl. produzierendes Gewerbe, Handelbetriebe, etc.) sind hauptverantwortlich für den Großteil der THG-Emissionen in Österreich. Dieser Sektor ist im Jahr 2019 mit 35 Mio. t CO₂ für 43,8% aller in Österreich produzierten Treibhausgase verantwortlich. In diesem Sektor ist die Eisen- und Stahlindustrie mit 12,2 Mio. t führend, gefolgt von der sonstigen Industrie mit 8,9 Mio. t und der öffentlichen Strom- und Wärmeproduktion von 6,1 Mio. t CO₂-Äquivalente.

Im produzierenden Bereich wurde 2019 mehr als 300 PJ an Energie (Wärme und Strom) verbraucht. Zur Reduktion des sehr hohen (fossilen) Energieverbrauchs werden folgende Maßnahmen vorgeschlagen:

- *Umstellung der Fernwärme- und Kälteproduktion auf Erneuerbare unter Einbeziehung industrieller Abwärme*
- *Stromerzeugung aus synthetischen Energieträgern (green gas, Wasserstoff) nur über hocheffiziente Gaskraftwerke mit Kraft-Wärme-Kuppelung.*
- *Umstellung der Eisen- und Stahlproduktion auf Erneuerbare*
- *Kreislaufwirtschaft in der Bauwirtschaft durch Verwendung von Recyclingbaustoffen zur Substitution von Zement*
- *Effizienzsteigernde Maßnahmen in der Industrie*
- *Umstellung im Bereich der Pipelines zum Transport von Erdgas und Erdöl auf elektrische Antriebe*
- *Anpassung der Außenbeleuchtung auf die tatsächliche Notwendigkeit, hocheffiziente umweltgerechte LED-Technologie*
- *Mitarbeiter-innen-Mobilitätskonzepte*

– **Übrigen Sektoren (Landwirtschaft, Abfallwirtschaft, Ernährung)**

Die übrigen Sektoren sind für rund 13 Mio. t CO₂_{equi} THG-Ausstoß verantwortlich. Vor allem die Ernährung stellt ein großes Problem dar. Ein Drittel der produzierten Lebensmittel schafft es nicht auf den Teller. Zudem trägt der hohe Fleischkonsum maßgeblich zu den hohen Emissionen bei.

- *Reduktion der Lebensmittelabfälle pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene um die Hälfte bis 2030 und Verringerung entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Lebensmittelabfälle einschließlich Nachernteverlusten*
- *Umstellung der Ernährung auf deutlich verringerten Konsum tierischer Produkte und Verwendung regional und saisonal erzeugter Produkte, insbesondere in Betriebs-, Gemeinschafts- und Großküchen*
- *Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsweise an den Stand der Technik, Forcieren eines integrierten Landbaus und Urban Farming; verstärkte Orientierung an Tierwohl, Bodenfruchtbarkeit und Landschaftswasserhaushalt (inklusive Grundwasserneubildung)*
- *THG-Emissionen durch Versiegelung von 15 ha pro Tag bis 2025 auf 5 ha pro Tag reduzieren und ab 2040 auf 2,5 ha pro Tag; Entsiegelung nicht mehr benötigter Flächen vorantreiben*

- *Kohlenstoffbindung auf landwirtschaftlichen Böden, in Wäldern und durch vermehrten Einsatz von Holz als Baustoff; Renaturierung degradierter Moore und Klima-Farming*
- *Umsetzung des Kreislaufwirtschaftspakets der EU, flächendeckender Ausbau von Reparaturwerkstätten (zB. Repair Cafe), etc.*
- *Forcieren des Urban Mining*

– Ausbau der Erneuerbaren Energieformen

Der hohe Energieverbrauch ist hauptverantwortlich für die sehr hohen (produkt-basierten) THG-Emissionen. Die Transformation unseres Energiesystems von 2/3 fossilem Anteil und nur 1/3 Erneuerbaren hin zu nahezu 100% Erneuerbaren kann nur dann gelingen, wenn der Energieverbrauch bis 2040 drastisch, und zwar auf zumindest die Hälfte (gegenüber Stand 2019), reduziert wird.

Für den Ausbau der erneuerbaren Energieformen wird in der Photovoltaik das allergrößte Potential gesehen. Die vollflächige Nutzung aller geeigneten Dächer ließe einen Zuwachs bis 2040 im Ausmaß von über 100.000 GWh (360.000 TJ) erwarten. Die jährliche Mindestzuwachsrate für PV wird mit 1.000 MW angesetzt (= 40.000 Dächer mit 25 kW = durchschnittliche Hausanschlussleistung), nur so ist ein wesentlicher Beitrag für die Klimaneutralität gegeben.

Zudem besteht für Windkraft ein österreichweites Ausbaupotential. Jedenfalls sollten die bereits bewilligten Anlagen rasch mit ausreichend Fördermitteln versehen werden, damit die erlangten Bewilligungen nicht durch Fristablauf verfallen. In Oberösterreich besteht aufgrund aktueller Vorgaben der Politik keine Möglichkeit für die Entwicklung neuer Windkraftstandorte.

Für Wasserkraft und Biomassenutzung aus Land- und Forstwirtschaft wird nur ein geringes zusätzliches Potential gesehen. Während in den nächsten Jahren vermehrt mit Schadholz zu rechnen sein wird, sinken Erträge aus Landwirtschaft und Wasserkraft aufgrund zu erwartender, länger anhaltender Trockenperioden.

In **Oberösterreich** weist einzig die Photovoltaik ein größeres Ausbaupotential auf. Für die konsequente Nutzung bestehender und zukünftig zu errichtender Gebäude (Dach- und Fassadenflächen), oder anderweitige vorbelastete Flächen (zB. Parkplätze) besteht auch politischer Konsens (OÖ Photovoltaik Strategie 2030).

- *Photovoltaik-Offensive mit einer jährlichen Zuwachsrate von rund 1.000 MW pro Jahr (österreichweit) bzw. 300 MW pro Jahr in OÖ (ausschließlich an und auf Gebäuden bzw. vorbelasteten Standorten).*

Weiterentwicklung der Oö. Klimawandel-Anpassungsstrategie

Oberösterreich verfügt über eine Klimawandel-Anpassungsstrategie. In den unterschiedlichen Handlungsfeldern liegen neue Daten und Planungsgrundlagen vor, wie etwa im Bereich der Trink- und Brauchwasserwirtschaft.

Bei einem PLUS von weiteren 2°C in Österreich wird die Versorgungslage mit Trink- und Brauchwasser (Landwirtschaft, Industrie, Tourismus) in manchen Regionen Oberösterreichs deutlich angespannter. Konkrete Szenarien zum verfügbaren Wasserschatz bis 2050 seitens des BMNRT liegen vor.

Im Gegenzug werden Extremniederschlagsereignisse zu starken Oberflächenwasser- und Feststoffabflüsse abseits bekannter Gefahrenzonen führen und die bestehenden Infrastrukturen fordern, möglicherweise mitunter überfordern.

Konkrete Szenarien zu Bedarfsänderungen für Trinkwasserversorgung, Bewässerung, Viehtränke, Industrie, Tourismus, aber auch Fragen der Versorgungsinfrastruktur stehen nun neu zur Verfügung.

Themenfelder wie Wasser zukünftig stärker in der Landschaft zu halten (die Pufferung von Wasser- und Feststofftransport, Verbesserung des Bodenwasserhaushalts, Forcierung der Grundwasserneubildung) oder Adaptierungen bei der Katastrophenvorsorge haben an Bedeutung gewonnen.

So wie diese Aspekte der Wasserwirtschaft gibt es auch viele andere, vergleichbare Maßnahmenfelder und Vorsorgepläne, die neu auf Stand gebracht und auf konkrete Projekte und Umsetzungsmaßnahmen heruntergebrochen und mit Zeit- und Finanzierungsfestlegungen ergänzt werden müssen.

Aufgrund der neueren meteorologischen Erkenntnisse und der nicht mehr abwendbaren Erwärmung im Alpenraum (von 3°C bis zu 4°C bis 2050) ist diese Strategie zu überarbeiten. In weiterer Folge wird ein worst-case-Szenario zu betrachten sein, damit Österreich auf ein Scheitern der weltweiten Klimaschutzbemühungen und der damit verbundenen Extremwetter Szenarien vorbereitet ist.

Die Oö. Klimawandel-Anpassungsstrategie hat sich mit einem, aus derzeitiger Sicht sehr realistischem Szenario einer globalen Erderwärmung von 3°C (entspricht einer durchschnittlichen Erwärmung in Österreich von 6°C) für den Zeitraum nach 2050 auseinanderzusetzen.

Stillstand ist Rückschritt

Wird der Ausstoß an THG-Emissionen in OÖ (rund 20 Mio. t pro Jahr) nicht sofort und umfassend reduziert, so wird in der kommenden Landtagsperiode (2021 bis 2027) das für OÖ bis 2040 zur Verfügung stehende THG-Budget (115 Mio. t CO₂) aufgebraucht sein!

Ein fairer und gerechter Beitrag Oberösterreichs zur Annäherung an die angepeilten Ziele des Pariser Klimaabkommens, des Green Deals der EU und der Klimaneutralität bis 2040 der Bundesregierung bedeutet, **innerhalb der nächsten Landtagsperiode (2021 bis 2027) die THG-Emissionen in OÖ zumindest auf die Hälfte gegenüber 2019 zu reduzieren.**

Dazu benötigt es ein Herunterbrechen auf überschaubare Pakete, ein Kommunizieren in allgemein fassbaren und verständlichen Größen und eine mit konkreten, greifbaren und verständlichen Beispielen kommunizierte Umsetzung.

Weder den Kopf in den Sand stecken, noch das Festlegen von Zielen in weiter, schwer nachprüfbarer Zukunft, noch salbungsvolle Appelle oder Angstbotschaften werden uns weiterbringen, sondern **konkretes Handeln und verbindliche Ziele. Die Devise lautet Umsetzen – Schritt für Schritt!**

Bei Klimaschutz und Klimawandelanpassung gibt es noch viel Luft nach oben.

- **Die nächste Landesregierung (Periode 2021 bis 2027) entscheidet darüber, ob Oberösterreich seine Chancen im Klimaschutz nutzt, einen Plan mit klar definierten Zielen und zugehörige Maßnahmen ausarbeitet oder sich bei anderen (Bundes-)Länder mit CO₂-Zertifikaten „freikauft“ und die notwendigen Entwicklungen versäumt.**
- **Die nächste Landesregierung (Periode 2021 bis 2027) entscheidet darüber, ob die erforderlichen Maßnahmen zur Klimawandelanpassung umgesetzt werden, oder ob uns die nicht mehr zu bremsende Klimaerwärmung zu wenig vorbereitet erwischt.**

Klimaschutz und Klimawandelanpassung haben keine politische Farbe!

Nutzen wir die noch vorhandene Chance!

Beilage:

- **Klimaschutz und Klimawandelanpassung in OÖ - Langfassung**